

Alte Heimat, neue Heimat Auch die Türkei beeinflusst die Integration von Migranten in Europa

Z. Ayca Arkilic

Das Leben von Türken im Ausland wird durch die Politik im Heimatland und im Gastland bestimmt. Die europäischen Staaten haben die institutionelle Repräsentation des Islam verbessert und gleichzeitig Instrumente geschaffen, um ihre muslimischen Gemeinschaften zu beeinflussen und zu kontrollieren. Die zwischen 1990 und 2010 eingerichteten Islamräte stellen einen wichtigen Schritt zur Institutionalisierung des Islam dar und fungieren als legitimierte Gesprächspartner, wenn es darum geht, mit den muslimischen Gemeinden über Religionsrechte betreffende Themen wie den Religionsunterricht, die Imam-Ausbildung oder den Bau und Betrieb von Moscheen zu verhandeln.

Auch der türkische Staat hat eine aktivere Rolle übernommen. Nachdem die Türkei in den letzten zehn Jahren einen Regimewandel vom aktiven zum passiven Säkularismus erlebt hat, nimmt die Religion heute einen größeren Raum in der Öffentlichkeit ein. Wichtiger noch ist, dass die türkische Diaspora-Politik, für die es vor der Jahrtausendwende kaum einen allgemeinen Rahmen gab, seit Beginn der 2000er Jahre einem durchdachten Fahrplan folgt. Für die Regelung der Diaspora-Angelegenheiten wurden zentrale Institutionen ins Leben gerufen, darunter das Präsidium für Auslandstürken und verwandte Gemeinschaften (YTATB). Der türkische Premierminister hält regelmäßig zivilgesellschaftliche Treffen mit den Führern von Einwandererverbänden ab und ist häufig zu Gast in europäischen Städten. Die Türkei hat das Auslandswahlrecht ausgeweitet, den Deutschtürken besondere soziale Privilegien eingeräumt (selbst wenn sie sich für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden) und Mittel für die Gründung von türkischsprachigen Oberschulen und Kulturzentren innerhalb Europas bereitgestellt. Wie wirken sich diese Veränderungen auf die türkischen Einwandererverbände in ihren neuen Heimatländern aus? Meine Forschung basiert auf umfangreichen Feldstudien in Deutschland, Frankreich und der Türkei, der Analyse von Publikationen von Regierungen und Organisationen, Pressemitteilungen und Medienberichten sowie ausführlichen Leitfadeninterviews mit Anführern türkischer Dachverbände und französischen, deutschen und türkischen Politikern. Die Türkei entsendet die größte Gruppe muslimischer Migranten nach Westeuropa. Deutschland und Frankreich haben nicht nur den größten muslimischen Bevölkerungsanteil in Europa, sie sind auch die beliebtesten Zielländer für auswanderungswillige Türken. Außerdem sind diese beiden Länder aufgrund ihrer Unterschiede im Hinblick auf die institutionellen Muster der Religionspolitik sowie in der Integrations- und Einbürgerungspolitik hervorragend für eine Vergleichsstudie geeignet.

Die Einwandererverbände sind faktisch die Repräsentanten der Einwanderer in Europa. Sie tragen sowohl zur Integration als auch zur Isolation bei, und sie dienen als Kanäle für sanfte Machtpolitik aus den jeweiligen Heimatländern. Die wichtigsten sunnitischen Organisationen in Deutschland und Frankreich sind: 1) die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V. (DITIB) – eine Unterabteilung des staatlichen Präsidiums für Religiöse Angelegenheiten in der Türkei (Diyanet), das die offizielle Regierungsposition zum Islam repräsentiert; 2) Milli Görüş (deutsch: Nationale Sicht) – eine Bewegung des politischen Islam, die stark durch die Ansichten der islamistischen Wohlfahrtspartei geprägt ist; 3) die Gülen-Bewegung – eine transnational tätige Gemeinschaft unter Führung des islamischen Predigers Fethullah Gülen, die Bildung, Medienarbeit, Wirtschaftsaktivitäten und interkulturellen Dialog betont; und 4) der Verband der

Summary: Turkey's recent diaspora outreach policies have significant implications for Turkish immigrant organizations' mutual rapprochement, their empowerment, and support for integration. However, the host country context conditions the impact of Turkey's diaspora politics on Turkish immigrants. As reverse push factors are more dominant in Germany than in France, Turkish immigrant organizations in Germany are more attracted to the homeland's extending sphere of influence.

Kurz gefasst: Die aktuelle Diaspora-Politik der Türkei hat starke Auswirkungen auf die Annäherung der Migranten-Organisationen untereinander, auf die Stärke ihres Einflusses und auf ihre Haltung zur Integration. Wie stark diese Auswirkungen sind, hängt allerdings wesentlich von den politischen Rahmenbedingungen ab, die das Gastland bietet. Der deutsch-französische Vergleich zeigt, dass in Deutschland die Push-Faktoren stärker sind und sich türkische Organisationen deshalb hier dem türkischen Einfluss mehr öffnen als in Frankreich.

Islamischen Kulturzentren (VIKZ) – ein unpolitischer islamischer Dachverband, der sich auf die orthodoxe islamische Lehre konzentriert. Von diesen Organisationen sind Milli Görüs und die Gülen-Bewegung aufgrund ihrer angeblich versteckten politischen Agenda und ihres wachsenden Einflusses am heftigsten umstritten. Darüber hinaus zählen Verbände der Aleviten (eine den schiitischen Muslimen nahestehende Glaubensgemeinschaft), nicht religiöse türkische Organisationen sowie nationalistische Organisationen zu den wichtigen Akteuren im türkisch geprägten Umfeld Westeuropas.

Die Transformation islamischer Organisationen

Eine wichtige neuere Entwicklung im türkisch-islamischen Bereich ist der Imagewandel, den die islamischen Organisationen in den Augen des türkischen Staates vollzogen haben: von der Stigmatisierung zur Normalisierung. Dieser Wandel in der Wahrnehmung hat seit der Machtübernahme durch die konservativ-demokratische Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) im Jahr 2002 stattgefunden. Die Trennlinien zwischen Staat und Religion wurden in der Türkei in den letzten zehn Jahren verwischt, und zwischen den sunnitischen Gemeinschaften in Europa kommt es zu mehr Annäherung und Zusammenarbeit. Aktuelle Beispiele dieser Annäherung sind die Einrichtung eines neuen Dachverbands, des Koordinationsrates der Muslime in Deutschland (KRM) in Köln, gemeinsame Proteste gegen die NSU-Morde in Deutschland und das vom französischen Senat verabschiedete Gesetz, mit dem die Leugnung des Völkermords an den Armeniern in Frankreich unter Strafe gestellt werden sollte, gemeinsam organisierte politische Kampagnen vor den Wahlen in Deutschland sowie das gemeinsame Fastenbrechen am Ende des Ramadans. Die Annäherung der Einwandererverbände hat zu ihrer Stärkung beigetragen und ihre Fähigkeit verbessert, Forderungen und Kritik zum Ausdruck zu bringen. Die türkisch-sunnitischen Organisationen haben auf das Engagement der Türkei in der Diaspora-Politik positiv reagiert, indem sie ihre Beziehungen zur Heimat aufgefrischt haben und sich offiziell stärker mit ihrer ethnischen Herkunft identifizieren. Auch intern erleben die türkischen Einwandererverbände zurzeit eine Transformation. Während moscheebezogene Aktivitäten lange Zeit den Kern des Vereinslebens ausmachten, kümmern sich die Verbände neuerdings verstärkt um Bildung, Jugend, Frauen und wirtschaftsbezogene Aktivitäten. Mit anderen Worten: Die Moscheen sind nicht mehr der einzige Ort der Identitätskonstruktion. Da sich das Führungspersonal der Einwandererverbände zunehmend aus Muslimen der zweiten und dritten Generation rekrutiert, findet unter den Organisationen ein fortlaufender Lokalisierungsprozess statt.

Es muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass die Annäherung zwar unter sunnitischen Organisationen stattfindet, die ihre islamische Identität und entsprechende Aktivitäten betonen, alevitische und nicht islamische Organisationen jedoch nicht Teil dieses inneren Zirkels sind. Diese Organisationen treibt die Sorge um, dass die sich abzeichnende Intervention des Heimatlandes die Integration der jüngeren Generationen behindern könnte. So bezeichnen sie die türkische Diaspora-Politik als halbgares Projekt, weil sie sich vor allem auf sunnitische Verbände konzentriert. Ihre Anführer berichten, dass sie sich in den letzten zehn Jahren zunehmend entfremdet fühlen und im Gegenzug ihre Beziehungen mit den Gastländern intensiviert haben, wie es etwa im Zufluss von Projektmitteln und gemeinsam mit lokalen Gemeinden in den neuen Heimatländern organisierten Aktivitäten zum Ausdruck kommt. Insbesondere die deutschen Aleviten sind angesichts ihrer offiziellen Anerkennung als Religionsgemeinschaft im Jahr 2009 und mit dem Recht, in fünf Bundesländern alevitischen Religionsunterricht an staatlichen Schulen anzubieten, näher an ihr Gastland herangerückt. Obwohl sie oft als sunnitische Organisation bezeichnet wird, unterscheidet sich auch die Gülen-Bewegung von anderen sunnitischen Muslimen, weil sie ihren Schwerpunkt auf nicht religiöse Aktivitäten legt und eine religiöse Unterweisung an ihren Schulen vermeidet. Die Anführer der Gülen-Bewegung in Deutschland und Frankreich sind skeptisch, was die aktuellen Auslandsaktivitäten der Türkei angeht, und betonen, dass die Hinwendung zum Gastland wichtiger sei als die Stärkung der Verbindung zur Heimat. Als die Spannungen zwischen der AKP und der Gülen-Bewegung sich kürzlich zuspitzten, distanzier-

ten sich die Gülen-Verbände in Deutschland und Frankreich sogar noch stärker von den anderen traditionell-islamischen Gemeinschaften.

Die Ignoranz der Gastländer

Wie stark die Türkei Einfluss auf die Diaspora-Gemeinschaft nehmen kann, hängt auch von den Gastländern ab: von ihrem traditionellen Verhältnis von Staat und Kirche und ihrer Integrations- und Einbürgerungspolitik. Da sich die türkischen Religionsverbände stärker im jeweiligen Land verortet haben, ist es für die Muslime entmutigend zu sehen, wenn ihre Gastländer diesen Übergang weitgehend ignorieren. Die Unfähigkeit der Gastländer, die jüngeren Generationen bei ihrem Versuch zu begleiten, ihre Beziehung zur Religion neu zu definieren und ihre Aktivitäten als demokratieverträglich zu konzeptualisieren, öffnet einer Intervention durch das Heimatland Tür und Tor.

Diese Machtdynamik lässt sich anhand eines Vergleichs der deutschen und französischen Kontexte gut untersuchen. Die türkischen Muslime in Deutschland begrüßen die Diaspora-Politik ihres Heimatlandes stärker als die türkischen Muslime in Frankreich. Dies ist überraschend, gewährt doch das deutsche Grundgesetz mehr Freiheiten in Bezug auf das Religionsleben, die Religionsausübung und den Betrieb von Privatschulen. Außerdem ist die deutsche Integrationspolitik mit dem Staatsangehörigkeitsgesetz von 2000 und dem Nationalen Integrationsplan von 2005 weitgehend liberalisiert worden. Und dennoch stehen die Anführer der sunnitischen Dachverbände in Deutschland der Politik ihres Gastlandes kritischer gegenüber als ihre Pendanten in Frankreich. Dieser Unmut hat viel mit dem Unwillen der deutschen Regierung zu tun, islamischen Organisationen den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts zuzuerkennen, mit dem Religionsgemeinschaften dieselben rechtlichen Privilegien erhalten wie Christen und Juden. Da der französische Staat sich gegenüber allen religiösen Gruppierungen gleich distanziert verhält, gibt es diesen Unmut unter in Frankreich lebenden Muslimen nicht. Obwohl die französische Verfassung eine strikte Trennung von Staat und Kirche vorsieht, ist die Alltagspraxis doch dahingehend gelockert, dass muslimische Gruppen staatliche Leistungen in Form von Steuererleichterungen oder finanzieller Unterstützung erhalten können. In Deutschland lässt sich das Gegenteil beobachten: Die Verfassung ist sehr liberal, aber diese Flexibilität spiegelt sich in der Praxis nicht wider. In Deutschland bilden die türkischen Muslime die mit Abstand größte muslimische Gruppierung; in Frankreich sind sie eine Minderheit. Infolgedessen ist die deutsche Politik auch besser informiert und misstrauischer, was türkische Organisationen betrifft. Schätzungen zufolge sind heute von den 3,5 Millionen Muslimen in Frankreich rund 459.000 türkisch. Von den 3,8 bis 4,3 Millionen Muslimen in Deutschland dagegen stammen rund 2,5 Millionen aus der Türkei. Für die französische Politik sind die Türken nahezu unsichtbar. Da Frankreich sich aus historischen Gründen mehr um Verbindungen zu seinen muslimischen Gemeinschaften in Marokko, Tunesien und Algerien bemüht hat, war das Thema Islam in Frankreich niemals eines, das den türkischen Islam betrifft. Die deutsche Politik dagegen hat die türkisch-islamischen Organisationen aufgrund der Größe der türkischen Diaspora in Deutschland stets streng überwacht.

In beiden Ländern sind sich die Anführer der türkisch-islamischen Organisationen einig, dass sie allgemein mit der Funktionsweise der Islamräte in Deutschland und Frankreich nicht zufrieden sind. Ihrer Ansicht nach wäre eine von der muslimischen Basis geschaffene Institution im Vergleich zu einer durch den Staat verordneten die bessere Option gewesen. Obwohl türkische Muslime in Deutschland und Frankreich ähnliche Erfahrungen mit den Islamräten machen, was deren Repräsentativität und Legitimität angeht, wird die Deutsche Islamkonferenz (DIK) negativer wahrgenommen als der Französische Rat des muslimischen Kultus (CFCM). Der DIK wird insbesondere die Wahl umstrittener Vertreter, der Ausschluss Milli Görüş' sowie die übertriebene Darstellung des Islam als Sicherheitsbedrohung vorgeworfen. Muslimische Führer halten den CFCM für inklusiver, da auch Milli Görüş mit einem Sitz vertreten ist und die DITIB 2017 den CFCM-Vorsitz führen wird. Während also die Türkei in den vergangenen zehn Jahren eine aktivere Diaspora-Politik betrieben hat, empfinden türki-



Ayca Arkilic ist Politikwissenschaftlerin an der University of Texas in Austin, wo sie an ihrer Dissertation zur türkischen Diaspora in Europa arbeitet. Von September 2013 bis Januar 2014 war sie Gast in der Abteilung Migration, Integration, Transnationalisierung. [Foto: privat]

ayca.arkilic@utexas.edu

sche Muslime in Deutschland und Frankreich eine zunehmende Verbundenheit zu ihrer Heimat. Da sich jedoch die umgekehrten Push-Faktoren in Deutschland als dominant erwiesen haben, haben sich die türkisch-sunnitischen Organisationen hier stärker dem Heimatland angenähert als ihre Pendanten in Frankreich. Außerdem hat in Deutschland eine stärkere Annäherung und Zusammenarbeit unter sunnitischen Akteuren stattgefunden. Andere Einwanderergruppen hingegen, zum Beispiel die Aleviten und nicht islamische Organisationen, haben sich in den letzten zehn Jahren verstärkt ihren Gastgeberländern zugewandt.

Literatur

Ersanilli, Evelyn/Koopmans, Ruud: „Do Immigrant Integration Policies Matter? A Three-Country Comparison among Turkish Immigrants“. In: West European Politics, 2011, Vol. 34, No. 2, pp. 208–234.

Fetzer, Joel/Soper, Christopher: Muslims and the State in Britain, France, and Germany. New York: Cambridge University Press 2005.

Koopmans, Ruud/Michalowski, Ines/Waibel, Stine: Citizenship Rights for Immigrants: National Paths and Cross-National Convergence in Western Europe, 1980–2008. WZB Discussion Paper SP IV 2010–703. Berlin: WZB Berlin 2010.

Kuru, Ahmet T.: Secularism and State Policies toward Religion: The United States, France, and Turkey. London: Cambridge University Press 2009.

Laurence, Jonathan: The Emancipation of Europe's Muslims: The State's Role in Minority Integration. New Jersey: Princeton University Press 2012.